

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/107

Bad Godesberg, den 9. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Der Nahe Osten und Deutschland ----- Gerechte Friedensordnung auch in Europa fällig Von Günter Markscheffel	85
3	Die Antwort an Stoph ----- Der zögernde Kanzler	46
4 - 4a	Der Bericht des Wehrbeauftragten ----- Bemerkungen und Anregungen Von Werner Buchstaller, MdB	64
5 - 6	An Israel schieden sich in Frankreich die Geister ----- Hier Demokraten - dort Kommunisten und Gaullisten Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	58

* * *

Der Nahe Osten und Deutschland

Von Günter Markscheffel

Der Krieg im Nahen Osten und die sich hoffentlich bald anbahnenden politischen Entscheidungen für diesen schon seit vielen Jahren bestehenden Krisenherd drängen - über den Waffenstillstand hinaus - zu einer friedensvertraglichen Regelung. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, würde man glauben, daß nur durch einen Waffenstillstand für längere Zeit der Friede im Nahen Osten gewährleistet sei. Wenn die Mächtigen dieser Welt, aber auch die Betroffenen selbst, klug sind, so werden sie ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um durch einen Friedensvertrag zu erreichen, daß jegliche Unsicherheit in den Beziehungen der Staaten des Nahen Ostens zueinander beseitigt wird. Eine solche Zielsetzung beinhaltet natürlich auch die Garantie für die Freiheit der Meere, die Anerkennung Israels und die Unverletzbarkeit aller Grenzen, die in einem Friedensvertrag festgelegt werden.

* * *

Die deutsche Diplomatie beobachtet die Entwicklung im Nahen Osten mit größtem Interesse und ist - entsprechend den Worten von Vizekanzler und Bundesaußenminister Brandt - bereit, mit ihren begrenzten Kräften dazu beizutragen, einer friedlichen Entwicklung die Wege zu ebnen. Dies ist auch der Grund, der die Bundesregierung veranlaßt, ihren Willen zur Nichteinmischung in den Konflikt kundzutun, also eine Haltung einzunehmen, die nicht zu verwechseln ist mit Neutralität.

Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Großmacht; sie ist auch nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Trotzdem kann sie auf vielfältige Weise darauf hinwirken, daß ihr Wort gehört wird. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, daß auch der Krisenherd "Geteiltes Deutschland - Geteiltes Europa" ständige Gefahren für den Frieden in sich birgt, wenn es nicht gelingt, auch in Europa zu einer gerechten Friedensordnung zu gelangen.

Es ist ein Grundsatz der neuen Bundesregierung, daß die speziell Deutschland berührenden Probleme nur in einer Situation der politischen und militärischen Entspannung gelöst werden können. Dazu gehört auch das ständige Suchen nach Ansätzen für eine Entkrampfung des innerdeutschen Verhältnisses. Gewiß ist die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit im Augenblick auf den Nahen Osten gerichtet. Das darf die deutsche Politik jedoch nicht veranlassen, ihre Bemühungen um das Mitwirken am Zustandekommen einer gerechten Friedensordnung in Europa zu verringern.

* * *

Die kommunistisch regierten Staaten gingen bisher von der These aus, die Bundesrepublik Deutschland sei die vorgeschobene Speerspitze der USA bei einer möglichen militärischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost. Infolgedessen - so wurde stets argumentiert - kön-

ne keine Bundesregierung ein Interesse daran haben, ausgleichend in Europa zu wirken. Ob die frühere deutsche Diplomatie immer das Richtige getan hat, um solche Argumente der kommunistisch regierten Staaten ad absurdum zu führen, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß die neue Bundesregierung mit maßgeblicher Beteiligung der Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen nichts unversucht gelassen hat, um dieser Vorstellung im Osten entgegenzuwirken. Der neue Vizekanzler und Außenminister Brandt hat sich außerdem mit Erfolg darum bemüht, daß die Regierungen der mit der Bundesrepublik befreundeten Staaten durch ihre diplomatischen Vertretungen in kommunistisch regierten Ländern die auf die Sicherung des Friedens in Europa hinzielenden Maßnahmen der Bundesregierung erläuterten und unterstützten.

Es war eine der ersten Aufgaben des neuen Bundesaußenministers, dessen gute persönliche Beziehungen zu zahlreichen Staatsmännern befreundeter Nationen bekannt sind, diese Arbeit im Interesse der Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der Bundesrepublik in die Wege zu leiten. - In Kabinett ist man sich dieser Leistung bewußt; ob eine breitere Öffentlichkeit sie schon überschaut, muß die Zukunft lehren.

* * *

Es liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes, aber - im übergeordneten Sinne - auch im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa, wenn diese Politik fortgesetzt wird.

Der Ost-West-Gegensatz, der bis vor kurzem noch seinen Ausdruck hauptsächlich im gegenseitigen Aufrechnen der militärischen Aktionsmöglichkeiten bestand, hat heute andere Aspekte. Schon während der Kuba-Krise zeigte sich, daß sich weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten den Zusammenprall ihrer ganzen militärischen Kraft leisten wollen. Heute ist es wahrscheinlich der Nahe Osten, wo man erneut feststellen kann, daß der sogenannte große Krieg nicht möglich ist, es sei denn, man wollte in Moskau oder in Washington gleichermaßen die totale Zerstörung eines großen Teiles der zivilisierten Welt hinnehmen. Der Krieg in Vietnam ist ebenfalls in eine Phase geraten, in der beide Seiten damit rechnen, daß es ohne Einsatz von atomaren Waffen kaum noch Sieger oder Besiegte geben wird.

* * *

Was liegt unter diesen Umständen näher, als den für die gesamte Menschheit zuträglichen Versuch zu machen, die akuten Krisenherde einzudämmen und sich auf die natürliche Konkurrenzauseinandersetzung mit friedlichen Mitteln einzustellen.

Diese Überlegung macht klar, daß eine Friedensregelung im Nahen Osten nicht nur mit Interesse in Deutschland verfolgt werden wird, sondern auch ein Test dafür sein kann, ob Friedensregelungen in anderen Teilen der Welt in absehbarer Zeit Erfolg versprechen. Alles, was zum Erfolg einer solchen Politik beitragen könnte, muß von der Bundesrepublik gefördert werden.

* * *

Die Antwort an Stoph

Der zögernde Kanzler

sp - Die Sache wird langsam peinlich. Bis heute ist es noch nicht zu einer Beantwortung des Schreibens des Vorsitzenden des Ministerrates in Ostberlin, Stoph, gekommen, obwohl wiederholt bestimmte Termine genannt worden waren und sich Bundeskanzler Kiesinger die Überlegungen des Ministers für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, zu eigen machte. Der nun beendete Krieg in Nahost diente den retardierenden Kräften innerhalb der Unionsparteien als Vorwand, die Antwort zu verzögern. Ist der Bundeskanzler durch sein Zögern und Davieren das Opfer seiner eigenen Partei geworden? Die FAZ bemerkt dazu:

"Dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden ist zuzustimmen, daß die Nahost-Krise durchaus keinen Aufschub der Rückäußerung auf den Brief des Zonen-Ministerpräsidenten Stoph an Bundeskanzler Kiesinger rechtfertige. Da die Benennung eines Bevollmächtigten der Bundesregierung für Verhandlungen mit dem Zonen-Regime inzwischen - auf Wunsch der CDU - beschlossene Sache ist, sollte dieser rasch in einem knappen, würdigen Brief an ihn verwiesen werden. Damit könnten fruchtlose Auseinandersetzungen über die ebenso altbekannten wie irrelevanten kommunistischen Standpunkte abgebrochen und der Weg zu Besprechungen über sachliche Fragen eröffnet werden. Auch über die Person des Bevollmächtigten sollte sich der Kanzler rasch schlüssig werden... In jedem Falle sollte sich der Bundeskanzler nicht mit weiterem Zögern in dieser Sache um den Ruf bringen, ein entschlußfreudiger Mann zu sein."

In ähnlichem Sinne äußerte sich Rudolf Zundel in der ZEIT.

"Zuerst diskutierten die Koalitionspartner darüber, ob der Brief überhaupt beantwortet werden sollte, dann ging es um die Frage, welche Form die Antwort haben sollte. Als sich schließlich nach langen Erörterungen die Meinung durchsetzte, Bundeskanzler Kiesinger sollte direkt antworten, stellte sich plötzlich heraus, daß die politische Situation für neue Schritte in der Deutschland-Politik ungünstig ist: Der Krieg im Nahen Osten war ausgebrochen. Man muß Kiesinger vorwerfen, daß er sich lange, zu lange Zeit ließ, um sich zu entscheiden. Er zögerte - sei es, weil er sich selbst noch nicht im klaren war, sei es, weil er sich gegenüber den "Harten" in seiner Partei nicht so schnell durchsetzen konnte. Aber der günstigste Augenblick zur Antwort ist gewiß längst verpaßt."

"Ja, manche Leute hören Waffen klirren und nehmen dann fälschlicherweise an, jetzt müsse auch in unserer Politik wieder auf eine klirrende Tonart umgeschaltet werden. Das wird nicht geschehen, so lange Sozialdemokraten in dieser Regierung sind. Es geht nicht, daß sich die verantwortlichen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland als 'wilder Haufen' darbieten... Jetzt wird sich zeigen, wer der Politik des Friedens und der Verständigung, wie sie mit dem Eintritt der SPD in die Bundesregierung zum ersten Mal in der Regierungserklärung als Generalnenner unserer Außen- und Deutschland-Politik bezeichnet worden ist, nur zähneknirschend zugestimmt hat oder ihr ehrlichen Herzens folgt." (Herbert Wehner in einem Interview der NEUEN PRESSE, Coburg)

Der Bericht des Wehrbeauftragten

Bemerkungen und Anregungen

Von Werner Buchstaller, MdB

Die Tatsache, daß der Verteidigungsausschuß mit seiner Stellungnahme zu den Jahresberichten 1964/65 des Wehrbeauftragten eine undogmatische und praktikable Kompetenzerklärung für die Tätigkeit des Wehrbeauftragten verband und das Plenum sich dieser Auffassung anschloß, hat in dem jetzt dem Parlament zugeleiteten Jahresbericht 1966 einen positiven Niederschlag gefunden. Erstmals ist der Jahresbericht frei von seitenlangen Kompetenzerörterungen, die sich teilweise bei der Truppe als ein Spannungsverhältnis zwischen der Institution des Wehrbeauftragten und dem Verteidigungsministerium darstellten.

Ein tatsächlich oder nur vermeintlich getrübtetes Verhältnis zwischen dem Obersten Dienstherrn und dem Hilfsorgan des Parlaments überließ aber nicht nur Böswilligen einen breiten Spielraum eigener Interpretation über den Wert und die Nützlichkeit dieser Einrichtung; von der inneren Einstellung ganz zu schweigen. Es ist sehr gut, daß der jetzt vorliegende Jahresbericht dazu keine Handhabe mehr gibt.

Überhaupt fällt auf, daß in diesem Jahresbericht von Seiten des Wehrbeauftragten und seines Amtes im Gegensatz zu früher wenig in eigener Sache gesagt wird. Das kann doch wohl nur so ausgelegt werden, daß er seine Sorgen, und er hat ohne Zweifel einige, direkt im Ausschuß zur Sprache bringen will. Es wäre auch ein Unding, wenn die Mitglieder des Verteidigungsausschusses stets die Jahresberichte abwarten müßten, um in Erfahrung zu bringen, ob und wo den Wehrbeauftragten in der praktischen Amtsführung der Schuh drückt.

Herr Hoogen verzichtet diesmal bewußt auf die ausführliche Darstellung von Einzelfällen. Er will damit vermeiden, daß an Einzelbeispielen Verallgemeinerungen geknüpft werden. Das ist sicherlich richtig. Trotzdem sollte nicht prinzipiell darauf verzichtet werden, besonders gravierende Vorkommnisse im Bericht anzusprechen und dadurch nicht nur dem Parlament und der Truppe, sondern auch der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Behandlung und die Bereinigung solcher Begebenheiten darzulegen.

Augenfällig sind vom Wehrbeauftragten Probleme angesprochen, die sich praktisch von Jahresbericht zu Jahresbericht fortpflanzen:

- * Die ungenügende Kenntnis der Grundrechte und ihre überragende Bedeutung auch im militärischen Alltag,
- * Fragen der sozialen Fürsorge, die sich hauptsächlich auf Wohnraumbeschaffung, Unterkünfte in den Kasernen und besonders auf den Übungsplätzen, wirtschaftliche Sicherstellung und die Berücksichtigung von Ehe und Familie bei Versetzungen und Kommandierungen beziehen,
- * die Verkenntung des Beschwerderechts des Soldaten und die daraus resultierenden immer noch vorhandenen Befürchtungen der Beschwerdeführer aller Dienstgrade, Benachteiligungen in Kauf nehmen zu müssen,
- * Probleme der Dienstgestaltung, des dienstlichen Ablaufs und der ungenügenden Ausnutzung der beruflichen Ausbildung des Wehrpflichtigen im militärischen Dienst,
- * die Verbesserung der Laufbahnvorschriften, die Überforderung der Unterführer und Fragen der Weardisziplinarordnung.

Dieser nicht einmal umfassende Katalog macht deutlich, wie dringend es ist, in einigen besonders schwierigen Punkten endlich zu Lösungen zu kommen. Schließlich können solche berechtigten Anliegen nicht einfach mit der jährlichen Registrierung im Bericht des Wehrbeauftragten als erledigt betrachtet werden.

Es ist deshalb zu hoffen, daß der Jahresbericht 1966 des Wehrbeauftragten zu einer ausführlichen Aussprache im Parlament führt und dabei all die dringenden Fragen angesprochen werden, die die Truppe schon seit Jahren beschäftigen und bedrücken.

Vielleicht kann eine solche Debatte einen Beitrag dafür leisten, daß endlich längst fällige Konsequenzen in vielen Bereichen des militärischen Dienstes und des militärischen Alltags gezogen werden. Das Bundesverteidigungsministerium, das all diese Probleme genau kennt, hat jedenfalls bisher noch keinen Weg gefunden, ihnen zu begegnen.

An Israel schieden sich in Frankreich die Geister

Hier Demokraten - dort Kommunisten und Gaullisten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Über Nacht wurde Frankreichs innenpolitisches Bild durch den ägyptisch-israelischen Krieg verwandelt. Am 17. Mai marschierten Linksparteien und Gewerkschaften noch gemeinsam über die Pariser Boulevards gegen de Gaulles Wunsch nach wirtschafts- und sozialpolitischer Vollmachten. Im Parlament stimmten die Abgeordneten von links über das christlich-demokratische Zentrum bis in die Reihen der Rechtsunabhängigen für den gemeinsamen Mißtrauensantrag der Linksparteien gegen Pompidou, der mit nur acht Stimmen sein Kabinett retten konnte. Das war einst im Mai.

Erfrorene "Volksfront"-Keime

Heute liegt die Linksfront in Scherben. Die Keime einer "Volksfront" sind im plötzlichen Hagel der Nahostereignisse erfroren. Hingegen ist wieder eine gaullistisch-kommunistische Einheitsfront entstanden, die heargenau den außenpolitischen Linien des Elysée und des Kreml entspricht.

Der neue Zwiespalt zwischen französischen Sozialisten und Kommunisten ist von großer Tragweite für die weitere Entwicklung der V. Republik. Ähnlich wie im spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 geht eine Demarkationslinie quer durch Frankreich: Hilfe oder Nichtteilnahme?

Guy Mollet steht als Generalsekretär der Sozialistischen Partei (SFIO) und früherer Ministerpräsident während der Suez-Krise heute wieder im Vordergrund. Seine damalige Aktion, gemeinsam mit Großbritannien für Israel und gegen Nassar, wurde oft kritisiert, weil man auch damals schon um den Weltfrieden bangte. Washington und Moskau zwangen damals London, Paris und Tel Aviv zum Rückzug.

Heute fragen sich viele Franzosen, die sonst durchaus für Verständigung mit den arabischen Ländern sind, ob Frieden und Sicherheit nicht gerade durch übermäßige Zugeständnisse an Nassar gefährdet wurden.

SFIO und Mapai

Die Beziehungen zwischen den Sozialistischen Parteien Frankreichs und Israels, SFIO und Mapai, sind heute enger denn je und fanden in einem Telegrammwechsel zwischen Mollet und Golda Meir öffentlichen Niederschlag. Moralische und materielle Unterstützung für Israel betrachtet man in breiten Kreisen der französischen Linken als Ehrensache, ähnlich wie seinerzeit die Hilfe für die spanischen Republikaner.

Im Gegensatz dazu sind es heute die französischen Kommunisten, die "Nichteinmischung" fordern und auf eine Art "orientalisches München" drängen, d.h. Opferung oder Amputierung Israels. Die KPF muß sich vom früheren sozialistischen Außenminister Christian Pineau im "Populaire" sagen lassen, daß sie wieder einmal eindeutig und schamlos in den Spuren der sowjetischen Außenpolitik wandelt.

So sind die Beziehungen zwischen den französischen Linksparteien ernstlich getrübt. Im Gegensatz zur kommunistischen Parteiführung erheben sich auch zahlreiche Linksintellektuelle, die sonst als "fellow-traveller" galten (Picasso, Sartre) mit der demokratischen Linken für Israel und gegen Nasser.

Neuer Trend

De Gaulle kann sich mit seinem neuen Nahostkurs in Frankreich nur auf einen Teil seiner eigenen Partei und - auf die Kommunisten stützen. Die Übereinstimmung zwischen Parteigaullisten und Parteikommunisten war noch nie soweit gediehen. Gewiß unterstützt die KPF auch andere Seiten der gaullistischen Außenpolitik - Vietnam, NATO-Austritt, usw. - aber stets noch mit gewissen Vorbehalten. Diesmal stellt man eine fast wörtliche Übereinstimmung der gaullistischen und kommunistischen Nahostthesen fest. De Gaulles Nahosterklärung fand den uneingeschränkten Beifall der kommunistischen Presse.

Die neue Entfremdung zwischen eventuellen Volksfrontpartnern und die bemerkenswerte Annäherung zwischen französischen Gaullisten und Kommunisten sind anscheinend keine bloße Episode, sondern entsprechen einem neuen Trend der Weltpolitik.